
SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der
gesamtwirtschaftlichen Entwicklung



**VIERZIG JAHRE
SACHVERSTÄNDIGENRAT**

1963 – 2003

Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates im Spiegel der Politik



Foto: Kohms

Dr. Mussler:

„Die Jahresgutachten des Sachverständigenrates im Spiegel der Politik“ – das ist ein Thema, das wir zu einem historischen Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre nutzen könnten. Ich glaube aber, wir sollten versuchen, den Bogen in die Gegenwart zu schlagen, denn das Thema ist derzeit überraschend aktuell. Gerade das letzte Gutachten des Sachverständigenrates hat in der Politik eine Aufmerksamkeit gefunden, wie ich sie als journalistischer Beobachter vorher noch nicht erlebt habe. Die Frage ist: Woran liegt das? Zum einen scheint mir diese Aufmerksamkeit in der Problemwahrnehmung durch die Politik begründet zu sein, die sich mittlerweile sehr der des Sachverständigenrates angenähert hat. Zum anderen hat der Rat seine Erkenntnisse im letzten Gutachten in vergleichsweise konkrete politische Vorschläge gegossen. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns fragen, ob sich so etwas wie Bedingungen für den Erfolg wissenschaftlichen Ratschlags im Allgemeinen und den der Gutachten des Sachverständigenrates im Speziellen destillieren lassen. Ich darf Sie, Herr Eichel, als ersten um Ihr Statement bitten. Herr Schröder hat ja heute morgen auf Heine verwiesen, was seine Rezeption von wissenschaftlichem Rat angeht. Geht es Ihnen so ähnlich? Haben Sie in den Jahren, in denen Sie intensiven Umgang mit dem Rat hatten, auch etwas hinzugelern? Oder würden Sie eher sagen, die Probleme diktieren die Politik, egal was der Rat sagt, und man hört auf die Berater einfach deshalb stärker, weil die Probleme stärker wahrgenommen werden als noch vor zwei oder drei Jahren?

Minister Eichel:

Was das Lernen betrifft, haben wir wechselseitig eine Chance. Die Politik lernt vom Rat. Vor allem dann, wenn der Rat wirklich – und das ist so – seine unabhängige Stellung dazu nutzt, Dinge zu sagen, die politisch nicht angenehm sind. Übrigens steht dies in Kontinuität zu dem, was Bundeskanzler Schröder heute ausgeführt hat. Das hat Konrad Adenauer offensichtlich ja nicht anders gesehen, wenn ich an die Schilderung von Herrn Tietmeyer über die Entstehung des Rates erinnern darf. Ich denke, die Politik und insbesondere der Finanzminister, können vom Rat eine Menge gewinnen, weil sich im Tableau der Finanzpolitik alle wirtschaftspolitischen Entwicklungen widerspiegeln. Wenn es eine Institution gibt, die einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Entwicklung gibt und diese unter der Zielsetzung „mehr Wachstum und Beschäftigung bei Stabilität“, um auf den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zurückzukommen, begutachtet, profitiert der Finanzminister eindeutig.

* Teilnehmer: H. Siebert (ehemaliges Ratsmitglied), O. Issing (EZB), W. Mussler (FAZ, Moderation), H. Eichel (Bundesminister der Finanzen), D. Hundt (Präsident der BDA)

Aber auch der Sachverständigenrat kann etwas lernen. Das zentrale Problem der Politikberatung ist ja immer ähnlich: Wie setze ich das für richtig Erkannte durch. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, besonders wichtig ist dabei, wie wirkt eine politische Entscheidung auf einzelne Interessengruppen. Ich halte es in diesem Zusammenhang für das falsche Politikkonzept, nur eine Reihe von Gruppen im Auge zu haben, und zu glauben, man hätte dann die Sache geleistet, wenn man eine Mehrheit von Teilgruppen beglückt hat. Das gelingt nie. Wir brauchen vielmehr einen Entwurf, wie die Zukunft dieses Landes insgesamt aussehen sollte. Nur vor diesem Hintergrund hat man auch eine Chance, von den eigenen Reihen ausgehend die Bürger zu überzeugen und notwendige Reformen durchzusetzen. Hierfür hat der Sachverständigenrat aus meiner Sicht immer wieder außerordentlich wichtige Beiträge geleistet.

Der Rat hat sich glücklicherweise nie sklavisch an die ursprüngliche Begrenzung gehalten, „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlung für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen“. Gerade das letzte Jahresgutachten hat durch die konkreten Vorschläge so viel Aufmerksamkeit gefunden. Denn noch konkreter, als uns 20 Empfehlungen zu geben, wie man Wachstum und Beschäftigung in diesem Lande schafft, kann man es der Politik ja nicht ins Stammbuch schreiben. Völlig egal, ob man letztlich mit allen Empfehlungen einverstanden ist. Das heißt natürlich nicht, dass alles auf Punkt und Komma genau umgesetzt werden kann. Hier sind dann die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu berücksichtigen. Es geht auch um die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen, die sich in wichtigen gesellschaftlichen Gruppen von denen des Rates unterscheiden können. In diesem Sinne fand ich es eindrucksvoll, wie eben Herr Professor Sievert die Relativität wirtschaftspolitischer Positionen dargestellt hat. Aber man braucht trotzdem konkrete Vorschläge, an denen man sich inhaltlich reiben kann. Ob wir jedes Mal zu einem übereinstimmenden Ergebnis kommen, ist wieder eine andere Frage. Aber wir haben zu jedem einzelnen Punkt nicht nur Stellung zu beziehen, sondern auch politische Antworten zu geben.

Wenn ich mir die politische Praxis ansehe, gibt es – jedenfalls solange es uns einigermaßen gut geht und der Leidensdruck noch nicht groß genug ist –, immer das gleiche Ritual: Nur weil einer sich für etwas ausspricht, ist die andere Seite schon dagegen. In dieser Situation sind die Empfehlungen des unabhängigen Rates sehr wirksam. Sie schaffen eine fundierte Basis für die politische Diskussion. Gerade in einer Phase enormen Reformdrucks ist es gut, ein solches Gremium zu haben. Ich kann nur sagen, ich finde, der Rat ist mit seinen ganz konkreten Empfehlungen auf dem richtigen Weg.

Noch eine Bemerkung: Schauen Sie sich an, wie sich die Struktur des Bundeshaushalts in den 40 Jahren, seit der Rat besteht, entwickelt hat. Das ist erschreckend: Der Anteil für Sozialpolitik plus Zinsen an den Bundesausgaben ist von 23 auf 62 Prozent explodiert. So haben wir den finanziellen Spielraum des Staates – auch der Sozialpolitik – immer mehr eingeengt. Die dramatischsten Steigerungen zeigen die Zinsen. Zudem ist das Wirtschaftswachstum in den letzten 40 Jahren tendenziell immer mehr gesunken.

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, hat sich die hohe Verschuldung der letzten 40 Jahre gelohnt. Ich habe einfach zusammenstellen lassen, wie sich die Zinszahlungen und die

Investitionen entwickelt haben. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: Wir haben in diesem Zeitraum mehr für Zinsen gezahlt, als wir investiert haben. Um einmal sehr „platt“ zu argumentieren, hätten wir damals weniger Schulden aufgenommen, hätten wir heute mehr Geld zum Investieren. Bedrückend ist auch die Entwicklung der Zahlungen für die gesetzliche Rentenversicherung. Der Anteil, den die Rente am Bundeshaushalt ausmacht, ist auf rund 30 vH gestiegen. Und hier gibt es weiter eine gefährliche Tendenz. Denn das Verhältnis der Zahl der Rentenbezieher gegenüber der arbeitsfähigen Bevölkerung ist aufgrund der absehbaren demographischen Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte vorhersehbar. Wir stehen also hier vor elementaren Entscheidungen, wie wir die Rentenzahlungen mit der finanziellen Belastbarkeit der zukünftigen Generationen in Einklang bringen können. Jedenfalls sollten wir nicht zu diesen Belastungen noch eine überbordende Staatsverschuldung hinterlassen. Deshalb gibt es zu einer langfristig angelegten Konsolidierung der Staatsfinanzen keine Alternative. In diesem Zusammenhang will ich mich auch ausdrücklich für die nachhaltige Unterstützung des Sachverständigenrates für meinen Konsolidierungskurs bedanken.

Dr. Mussler:

Herr Issing, Sie haben den Beratungsprozess ja von beiden Seiten erlebt. Stichwort Leidensdruck: Ist das wirklich die entscheidende Größe? Wird wissenschaftlicher Rat nur dann gehört, wenn der Leidensdruck der Politik groß genug ist?

Professor Issing:

Ich denke für die Geldpolitik trifft das insoweit nicht zu, als dass der Leidensdruck von hoher Inflation kommen würde; diese haben wir jedenfalls seit vielen Jahren in Deutschland nicht mehr erlebt. In Vorbereitung auf diese Diskussion hier habe ich mich gefragt, was denn aus der Sicht eines Geldpolitikers von den Jahresgutachten bleibt: Es ist vor allem die offene und kompetente Kommentierung der jeweiligen Geldpolitik. Aber die gibt es in vielfältiger Form, und ich sehe zwei fundamentale Beiträge des Sachverständigenrates: Einmal Anfang der siebziger Jahre, als die Steuerung der Bankenliquidität mehr oder weniger an ihr Ende gekommen war, sich als untauglich erwiesen hatte, und der Sachverständigenrat wesentlich dazu beigetragen hat, die Geldmengensteuerung in Deutschland nicht nur populär, sondern zur Grundlage der Geldpolitik zu machen. Ich will mich nicht zur Frage der Urheberchaft äußern, das ist wohl eine historisch noch ungeklärte Frage. Die Deutsche Bundesbank hat im Dezember 1974 zum ersten Mal ein Geldmengenziel verkündet; der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1974/75 für ein Geldmengenziel plädiert. Das lag alles nahe zeitlich wie inhaltlich beieinander. Es waren Überlegungen, die jedenfalls geldpolitische Praxis wurden und die verbunden waren mit der Vorstellung, dass die Geldpolitik sich nicht übernehmen sollte mit einer kurzfristig orientierten Politik, mit einer aktivistischen Einstellung. Und diese Elemente sind geblieben. Diese Elemente, die Verstetigung der Politik, die mittelfristige Orientierung, sind Bestandteil der Strategie der Europäischen Zentralbank geworden und als solche stehen sie nicht zur Disposition.

Ein anderer Aspekt, der auch auf der europäischen Ebene, sozusagen im neuen Gewande, aber im Grunde in der gleichen Konstellation daher kommt, ist die Frage der Verant-

wortung der wirtschaftspolitischen Akteure. Und hier hat der Sachverständigenrat – meine ich – geradezu wegweisend, das sogenannte Assignment-Problem ganz klar angesprochen. Die Finanzpolitik ist in erster Linie zuständig für die Verteilung der Ressourcen auf den öffentlichen und privaten Bereich, die Lohnpolitik, die Tarifpartner für die Beschäftigung und die Geldpolitik für die Erhaltung der Geldwertstabilität. In dem Sinne, Herr Sievert hatte es schon kurz angedeutet, spielt die Objektivierung der Geldversorgung eine wichtige Rolle. Die Geldpolitik darf nicht Fehlentwicklungen, verursacht durch andere Akteure, akkommodieren. Aber dies muss in überzeugender Weise geschehen, und das ist und bleibt eine stetige Herausforderung für die Geldpolitik. Das sind wichtige Überlegungen. Ich denke, nach wie vor wird in Wiesbaden sehr streng geprüft, dass das Wort „Empfehlungen“ in den Gutachten nicht vorkommt. Insofern gibt der Sachverständigenrat keine Empfehlungen.

Ich möchte vielleicht noch eines hinzufügen, auf Ihre Frage bezogen, Herr Dr. Mussler. Hans Barbier hat einmal den Sachverständigenrat die „unbequemen Besserwisser“ genannt. Das war lobend gemeint. Ich muss sagen, wenn man sozusagen auf der anderen Seite steht, hat man nicht immer nur Sympathie für dieses Lob. Aber man versteht am Ende, dass eine unabhängige kritische Position mit dem Renommee des Sachverständigenrates ein wichtiger Beitrag ist. Und ich denke, der Sachverständigenrat hat über die ganzen Jahrzehnte seiner Existenz hinweg wesentlich zur Stabilitätskultur in Deutschland beigetragen.

Dr. Mussler:

Ich bin mir sicher, dass der Sachverständigenrat genau geprüft hat, dass dieses Wort „Empfehlung“ nicht vorkommt. Nach dem, was auf dieser Veranstaltung dazu bisher gesagt wurde, scheint die Art und Weise, wie der Rat mit „Empfehlungen“ verfährt, ja hier nicht wirklich zur Diskussion zu stehen. Herr Hundt, Sie können nichts dafür, dass Sie jetzt gewissermaßen als einziger Interessenvertreter am Tisch sitzen. Die andere, die Gewerkschaftsseite, ist verhindert. Was ich Sie fragen möchte: Sie werden wahrscheinlich mit dem meisten, was im letzten Gutachten steht, übereinstimmen. Aber brauchen Sie für Ihre tägliche Arbeit diesen Rat? Nützt er etwas für die Lobbytätigkeit im politischen Prozess? Oder ist das für Sie nur – jedenfalls in weiten Teilen – Bestätigung dessen, was Sie ohnehin schon wissen?

Dr. Hundt:

Meine Damen und Herren! Zunächst will ich die Gelegenheit nutzen, dem Sachverständigenrat zum heutigen Geburtstag sehr herzlich zu gratulieren. Sie wissen ja, dass ich aus Schwaben komme, und in Schwaben hat das Erreichen des 40. Lebensjahres eine ganz besondere Bedeutung. Ich wünsche dem Sachverständigenrat für seine zukünftige Arbeit das, was bei uns Schwaben mit dem 40. Geburtstag automatisch eintritt, „Klugheit“. Der Sachverständigenrat verkörpert über die 40 Jahre seines Bestehens aus Sicht der deutschen Wirtschaft und insbesondere aus der Sicht der deutschen Arbeitgeberverbände das ordnungspolitische Gewissen der Bundesrepublik Deutschland. Wir schätzen die Arbeit des Sachverständigenrates sehr. Wir bemühen uns auch durch entsprechende Informationen und Diskussionen die Arbeit des Sachverständigenrates in jedem Jahr zu unterstützen. Ich bin auch überzeugt, Herr Minister Eichel, dass unsere derzeitigen Wachstums-, Beschäftigungs- und Vertrauensprob-

leme nicht auf ungenügende Arbeit des Sachverständigenrates in der Vergangenheit zurückzuführen sind, sondern darauf, dass die Regierung, und zwar nicht erst seit 1998, die Vorschläge des Sachverständigenrates nicht immer ausreichend berücksichtigt hat.

Lassen Sie mich einige wenige Sätze zur aktuellen Situation anfügen. Der Sachverständigenrat hat in seinem letzten Gutachten ein 20-Punkte-Programm präsentiert, das im weitest gehenden Maße in voller Übereinstimmung mit der Position der deutschen Wirtschaft steht. Ich maße mir deshalb nicht an, dass die Wirtschaft von der Arbeit des Sachverständigenrates nicht auch lernen könnte, und viel gelernt hat. In diesem Fall gibt es ein außerordentlich hohes Maß an Übereinstimmung. Lassen sie mich ganz kurz zur Tarifpolitik und zur Arbeitsmarktpolitik einige Sätze sagen. Das ist das Betätigungsfeld, in dem die Arbeitgeberverbände besondere Verantwortung tragen. Wir stimmen mit der Forderung des Rates nach einer moderaten, produktivitätsorientierten Tarifpolitik überein. Wir sind auch sehr zufrieden damit, dass der Rat in seinem letzten Gutachten die aus unserer Sicht dringend erforderliche Klarstellung des Günstigkeitsprinzips fordert. Wir sind allerdings anderer Meinung als zumindest Teile des Sachverständigenrates, was die Regelung von Entgeltfragen und Arbeitsbedingungen, die üblicherweise auf Verbandsebene geregelt werden, auf Betriebsebene betrifft. Meine Bitte und mein Rat, auch bei der heutigen feierlichen Stunde, wäre, dass sich doch manchmal die Wissenschaftler etwas dem annähern, was die Praktiker aus ihrer tagtäglichen Arbeit für richtig ansehen. Die Agenda 2010 hat viele Punkte aus dem 20-Punkte-Programm aufgenommen. Aus Sicht der deutschen Wirtschaft nicht ausreichend viele, auch nicht mit der nötigen Konsequenz. Trotzdem unterstützen wir diese Agenda 2010 sehr nachdrücklich und sind überzeugt, dass wichtige Impulse in die richtige Richtung gehen, sowohl hinsichtlich einer psychologischen Wirkung als auch relativ kurzfristig hinsichtlich einer entsprechenden faktischen Wirkung.

Auch wenn die Vorschläge zur Lohnpolitik und zur Arbeitsmarktpolitik in der Vergangenheit nicht zu den erfolgreichsten des Rates gezählt haben, ist mein Wunsch am heutigen Tag, dass er diesbezüglich nicht resigniert und nicht nachlässt. Wir benötigen gerade in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Zeit, ohne Wachstum und mit ständig steigenden Arbeitslosenzahlen, mit Rekorden an Unternehmenszusammenbrüchen, für die unmittelbare Zukunft eher mehr als weniger Sachverstand. Den erhoffen und erbitten wir uns von diesem Gremium. Danke schön.

Dr. Mussler:

Danke schön, Herr Dr. Hundt. Herr Professor Siebert, ich bin jetzt eigentlich geneigt, Sie zuerst zu fragen, was Sie von der Forderung halten, dass die Professoren endlich mal die Praktiker zu Wort kommen lassen sollen, zumal die Praktiker ja offenbar vor allem in den Verbänden sitzen. Aber ich möchte noch eine Frage vorschalten. Wir haben jetzt eine Diskussion über Reformen, die wir uns so vor einem Jahr noch nicht hätten vorstellen können. Nach dem, was wir gehört haben, ist die Politik jetzt tendenziell auf dem richtigen Weg. Aber sind Sie denn mit dem, was sich jetzt abzeichnet – Stichwort Agenda 2010 – zufrieden?

Professor Siebert:

Nein. Man kommt sich, wenn man in jedem Herbst ein Viertel des gesamten Jahres für die Arbeit des Sachverständigenrates investiert, oft ein bisschen wie Sisyphos von Albert Camus vor. Und man fragt sich, warum nimmt man zum Anfang des Jahres diesen Stein wieder auf, wenn man sieht, man hat ihn im Herbst da oben hingerollt und dann rollt er wieder runter. Denn soviel wird ja von den Positionen des Rates leider nicht aufgenommen.

Ich glaube, wir sollten ganz klar sehen, das Land ist in einer systemischen Krise. Wären die Ratschläge des Rates in Fragen des Arbeitsmarkts, der Systeme der sozialen Sicherung aufgenommen worden, dann sähe es heute anders aus. Wir haben heute morgen vom Bundeskanzler gehört, dass die Zuhörbereitschaft eine Funktion der Bredouille ist, in der wir stecken. Man kann fast eine mathematische Funktion der Art formulieren, dass auf der vertikalen Achse die Zuhörintensität der Politik und auf der horizontalen Achse die Bredouille abgetragen ist. Und die Zuhörbereitschaft nimmt mit der Bredouille zu. Das haben wir im Rat schon einmal als pathologisches Lernen bezeichnet. Der Wunsch wäre doch, dass diese Lernfunktion den Höhepunkt möglichst früh hat, wenn die Bredouille noch klein ist, damit man die Fehler vermeidet, denn dieses pathologische Lernen ist schmerzlich. Das ist für das Land, für die Gesellschaft insgesamt, schmerzlich, und ich glaube, dass es eine der entscheidenden Funktionen des Rates ist, sich darum zu bemühen, dass diese Kurve der Zuhörbereitschaft ihr Maximum früher findet.

Eine weitere Frage, die mich auch umtreibt, ist, mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Ich gebe jetzt einmal meinen persönlichen Eindruck über die öffentliche Diskussion in Deutschland wider. Da hat man zuweilen den Eindruck, dass sich jeder ein bisschen sein Konzept zurecht legt, wie die Dinge so ökonomisch zusammenhängen und dann wird dies in wenigen Sätzen zum Ausdruck gebracht. In 30 Sekunden muss das Statement im Fernsehen abgeliefert werden. Die Komplexität der Zusammenhänge kommen in diesen Statements nicht vor. Und die Öffentlichkeit denkt ebenfalls nicht in diesen langfristigen Marktprozessen. Dies führt uns in die Kalamität, in der wir derzeit stecken. Das ist mein unmittelbarer Eindruck. Sie verzeihen mir, dass ich das in diese festliche Stimmung hineintrage.

Es ist etwas anderes, glaube ich, mit dem aktuellen, dem letzten Jahresgutachten. Aber das hängt mit dieser Intensität der Zuhörbereitschaft in Abhängigkeit von der Schwierigkeit der Lage zusammen. Die Praktiker stärker zu Wort kommen zu lassen, oder, um diese zweite Frage etwas zu generalisieren: Die Zwänge der Politik stärker in die Überlegungen des Rates einzubeziehen, also die Handlungszwänge, die Restriktionen, dies halte ich für ein schwieriges Terrain für den Rat. Natürlich kann man als Ratsmitglied nicht im Elfenbeinturm seine Modelle pflegen und bar jeder institutionellen Gegebenheit seine Überlegungen zum Ausdruck bringen. Die Ratsmitglieder müssen einen Fundus von Wissen darüber haben, was unter anderen institutionellen Bedingungen bisher geschehen ist, was dort machbar ist, was historisch in bestimmten Fällen geschehen ist und was auf Grund der wissenschaftlichen Erkenntnisse möglich ist. Dabei ist die Aufgabe des Rates, die langfristigen Aspekte einzubringen. Um ein Wort von Keynes abzuwandeln: „In der langen Frist dominiert das nächste kurzfristige Problem“. Wir brauchen, der Bundeskanzler hat es gesagt, einen langfristigen Rahmen. Das ist die Aufgabe des Rates, einen langfristigen Rahmen bereitzustellen. Die langfristigen

Opportunitätskosten zu benennen, während die Politik natürlich dann doch eher ein kurzfristig orientiertes Handeln zeigt. Das ist die Kluft in dieser Zuhörbereitschaft, und nur, wenn die Schwierigkeiten besonders groß werden, ist man bereit, die Dinge verstärkt aufzugreifen. Ich kann nur hoffen, dass jetzt diese Zuhörbereitschaft größer ist, und es sieht ja fast so aus, dass die 20 Punkte stärker umgesetzt würden. Ich erlaube mir immer noch ein gewisses Maß an Skepsis zum Ausdruck zu bringen, denn die Umsetzung müsste ich zuerst einmal sehen.

Dr. Mussler:

Herr Eichel, was Herr Siebert pathologisches Lernen nennt, werden Sie den Umgang mit politischen Restriktionen nennen. Sie sollten vielleicht auf das reagieren, was er hinsichtlich der Durchsetzbarkeit gesagt hat.

Minister Eichel:

Entschuldigung, nicht nur ich, wir alle müssen darauf reagieren! Es hat schon seine Berechtigung, in vielen Bereichen vom pathologischen Lernen zu sprechen. Zum Beispiel die Erkenntnis, was im Bankensektor in Deutschland los ist, ist mindestens sieben Jahre alt, wenn ich mich an das Wort von Hilmar Kopper erinnere, aber die Handlungen sind sehr spät gekommen. Ich will das gar nicht bewerten. Dies scheint eine allgemein menschliche Eigenschaft zu sein. Nur ein weiteres Beispiel: Schweden brauchte ein Staatsdefizit von 12 Prozent in laufender Rechnung, um zu, dann allerdings ganz durchgreifenden, Maßnahmen mit auch sehr erfreulichem Erfolg in sehr kurzer Zeit zu kommen; übrigens eine Konsolidierungsstrategie, die sogar mit Steuererhöhungen verbunden war. Das ist in Deutschland völlig unvorstellbar. Wir müssen die Bereitschaft der Menschen zu einem Wandel berücksichtigen. Notwendige Veränderungen gegenüber ihrem jetzigen Status werden in einer Demokratie erst durchsetzbar, wenn die Krise für fast jedermann voll offenkundig und ganz konkret spürbar ist. Dies gilt aber nicht nur in der Demokratie, in Unternehmen ist es nicht sehr viel anders. Wünschenswert wäre sicher ein früheres Handeln. Genau deshalb brauchen wir den unabhängigen Sachverständigenrat, der früh seinen Finger in die Wunde legt. Ihre Klage, dass Ihnen da nicht genug zugehört wird, kann ich aus Ihrer Sicht deshalb nachvollziehen. Ich will das nicht einen Moment bestreiten. Ich frage nur, welche Alternativen haben wir? Im Staat, in Unternehmen, wie oder wo auch immer sie hinkommen, gelten diejenigen, die Änderungsvorschläge machen, als Störenfried, solange die Menschen nur einigermaßen mit ihrer Lage zufrieden sind. Gerade im politischen Prozess sind dabei die Verteidiger des Status quo besonders gut positioniert. Zudem muss bedacht werden, viele weitgehende Änderungsvorschläge kommen von denen, die am warmen Ofen sitzen. Die Änderungsvorschläge betreffen aber oft diejenigen, die häufig schon im Regen stehen. Das führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem für Reformideen. Ich rede jetzt nicht mehr allein von ökonomischen Sachverhalten, sondern von psychologischen Voraussetzungen, um ökonomisch begründete Reformen umzusetzen. Es ist eine der zentralen Aufgaben der Politik – und aller Führungskräfte in diesem Lande – hier die Zustimmung für das Notwendige herzustellen und zu zeigen, dass die Veränderungen gerade den sozial Schwächeren und den Arbeitslosen zu Gute kommen werden. Dies bedeutet aber immer auch inhaltliche Kompromisse gegenüber einer reinen

Lehre, die so der Sachverständigenrat nicht zu tätigen braucht. Es wäre aber falsch, wenn der Sachverständigenrat sich voll auf die Handlungszwänge der Politik einließe. Denn in genau dem Augenblick würden die langen Linien wahrscheinlich verloren gehen, die sie brauchen und die dann auch notwendig sind, um eine politische Debatte möglicherweise zeitverzögert in Gang zu bringen. Dies verspricht dann Erfolg, wenn die Analyse des Rates mit dem subjektiven Krisenbewusstsein der Bevölkerung zusammentrifft. Genau dann zeitigen die Empfehlungen des Rates und auch eine mutige Reformpolitik die besten Ergebnisse. Die Bundesregierung wird jedenfalls mit der Agenda 2010 die spürbare Veränderungsbereitschaft der Bürger für einen mutigen Umbau unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Strukturen nutzen.

Dr. Mussler:

Darauf ganz kurz Herr Professor Siebert, und danach würde ich vorschlagen, dass wir das Publikum auch mit einbeziehen.

Professor Siebert:

Die Zusatzfrage wäre, ob wir in Deutschland auch in der Bevölkerung das Denken in diesen langfristigen Prozessen letzten Endes verloren haben. Das ist der Eindruck, den man als Wissenschaftler hat. Die beiden großen Parteien haben das Denken in langfristigen Marktprozessen verloren. Ich glaube, das darf man sagen. Das habe ich auch einmal einem Bundeskanzler, nicht dem jetzigen, gesagt, mit einer entrüsteten Reaktion. Wodurch kommt das? Ein Punkt könnte sein, dass die Medien sehr schnelle Antworten verlangen, dass die Komplexität der Lösungen nicht mehr vermittelbar ist. Vielleicht liegt es aber auch darin, dass das Koordinatensystem beim Deutschen doch eher im Paternalistischen liegt. Dass der Freiheitsdrang gegenüber dem Staat in Deutschland nicht so stark ausgeprägt ist wie in anderen Gesellschaften. Jedenfalls fordert die Bevölkerung ja derzeit die langfristige Lösung nicht ein. Und wenn ich das aus meiner Beobachtung einmal kritisch zu den Medien sagen darf: Es scheint mir auch, dass die Medien die Aufgabe, die langfristigen Interdependenzen des Landes wirklich widerzuspiegeln und zu reflektieren, in den letzten Jahren nicht geleistet haben. Also, die Wächterfunktion der Medien im Sinne der langfristigen Interdependenzen, da habe ich jedenfalls meine Zweifel. Und dann muss ich letzten Endes die Frage aufwerfen, ob die Lösungen unserer Strukturfragen eben in diesem mangelnden Verständnis der langfristigen Interdependenzen liegen. Früher hat man da von Marktinterdependenzen, Marktkonformität gesprochen und dann brauchte man nur diese Assoziation zu wecken, dann war es leichter möglich, verfehlte Interventionen und Politikinstrumente zu vermeiden. Aber ich glaube, diese Frage ist eben nicht nur eine Frage der Politik, der Medien und eine Frage des Sachverständigenrates, sondern auch eine Frage der Zukunft der Ökonomen.

Dr. Mussler:

Danke. Wir erweitern jetzt unseren Diskussionskreis. Herr Weber hat sich als Erster gemeldet.

Professor Weber:

Wir haben jetzt eine vergleichsweise günstige Zeit für Weichenstellungen. Wir stehen am Beginn einer neuen Legislaturperiode und eine der Restriktionen der Politik, die natürlich jedem bewusst ist, ist, dass man solche Reformen nur zu Beginn einer Legislaturperiode umsetzen kann. Deswegen waren unsere Vorschläge im letzten Jahresgutachten so konkret. Man könnte die Agenda 2010 ja auch so interpretieren, dass von den 20 Programmpunkten, die im Gutachten enthalten sind, zehn zur Zeit ernsthaft diskutiert werden, und das ist doch immerhin schon etwas. Es ist der richtige Weg eingeschlagen worden. Ich glaube, die Konsensfähigkeit hinsichtlich dieser Entscheidungen und ihre Umsetzbarkeit zu erreichen, ist sicherlich am Anfang einer Legislaturperiode nicht so schwer, wie in der Nähe der nächsten Wahlen. Und daher besteht Hoffnung, dass jetzt durch pointierte Hinweise die Chancen der Umsetzung höher sind als an jedem anderen Zeitpunkt in den nächsten vier Jahren.

Graf Lambsdorff:

Herr Weber hat eben vom Beginn einer Legislaturperiode gesprochen. Das wäre ja wirklich wundervoll, wenn es um die Legislaturperiode des Bundestages ginge. Nein! Es hat schon wieder Landtagswahlen gegeben und demnächst haben wir wieder neue Landtagswahlen und nichts ist es mit Umsetzungsmöglichkeiten. Schauen Sie sich die letzten Landtagswahlergebnisse Ihrer Partei an, da werden Sie schon etwas sorgenvoll sein, wenn Sie weiter umsetzen sollen. Zweite Frage, Herr Eichel: Sie haben gesagt, müssen wir auch warten bis wir acht, zehn Prozent Defizit in laufender Rechnung haben? Das habe ich mich schon vor 20 Jahren gefragt und damals Helmut Schmidt geschrieben „...irgendwann erreichen wir wohl die Situation, in der unser politisches System beschädigt wird...“. Heute haben wir viereinhalb Millionen Arbeitslose. Kann irgend jemand die Frage beantworten, wann der Punkt erreicht sein wird? Oder besser gesagt, kann irgend jemand eine Antwort auf die Frage geben, wie wir es wohl vermeiden, dass wir diesen Punkt erreichen? Denn es wäre ja schlimm genug.

Dr. Mussler:

Zwei Zwischenergebnisse scheinen sich herauszukristallisieren. Zum einen stößt die Art und Weise, wie die Empfehlungen im Augenblick gegeben werden, auf allgemeine Zustimmung. Und zweitens: Eine gewisse langfristige Wirkung haben die Gutachten. Das hat man ja auch schon in dem gesehen, was Sie vorher gesagt haben, Herr Eichel. Aber die Frage ist: Reicht das aus?

Minister Eichel:

Zunächst ganz nüchtern, Graf Lambsdorff. Ich glaube, wir werden als SPD für eine zukunftsweisende Reformpolitik langfristig keine Prügel bekommen. Ich bin mir sicher die Bevölkerung weiß, es gibt keine Alternative zu mutigen Schritten. Entweder geht man als Regierung jetzt voran, macht die Sachen, die gemacht werden müssen, oder man geht. So einfach ist das. Deswegen bin ich optimistisch. Es gibt in den eigenen Reihen eine ganz große Mehrheit für die Position des Kanzlers, für die Agenda 2010. Ich habe eher Sorgen davor, dass der übliche Lobbyisten- und Politikapparat noch nicht auf dem Stand ist. Das Krisenbewusst-

sein in meiner Partei ist durch die Landtagswahlen entsprechend groß. Da muss man keine Nachhilfe leisten.

Ich beurteile übrigens die Einstellung der Bevölkerung, Herr Professor Siebert, nicht so negativ wie Sie. Zum Beispiel haben die Menschen ganz intuitiv das Wissen, was die Alterung der Gesellschaft bedeutet. Unser Fehler als Politiker ist, dass wir uns oft nicht trauen, die Wahrheit mit der nötigen Härte auszusprechen. Das zeigt auch die Umsetzung der Rentenreform „Riester“. Mit ihr haben wir endlich eine stabile zweite kapitalgedeckte Säule der Alterssicherung geschaffen. Damit sind wir führend unter den großen Ländern auf dem Kontinent. Aber die politische Umsetzung bedurfte eines erheblichen Ausbaus der staatlichen Förderung. Übrigens kamen besonders weitreichende Forderungen von der schönen Kombination von Gewerkschaften und Opposition – nicht der FDP, das muss ich ausdrücklich einordnen, Graf Lambsdorff – aber von CDU/CSU.

Ich will eine weitere Bemerkung machen, damit Herr Dr. Hundt auch ein wenig Fett von mir abbekommt, und das, obwohl er mich heute noch gar nicht geprügelt hat. Es gibt natürlich auch die gemeinsamen Interessenlagen von Arbeitgebern und Gewerkschaften, und das heißt in diesem Fall Betriebsrente. Das ist ja an sich nichts schlechtes. Aber ich finde im Detail – nicht in der Grundausrichtung – haben wir vielleicht etwas zuviel des Guten bei der „Entgeltumwandlung“ getan.

Dr. Mussler:

Dazu habe ich jetzt eine Reaktion von Herrn Hundt.

Dr. Hundt:

Das Prinzip der Umstellung auf das Zwei-Stufen-System und die Förderung der Betriebsrente ist richtig. Das Problem der damaligen Rentenreform aus Sicht der Wirtschaft war aber ein ganz anderes. Das waren die falschen Annahmen des Herrn Riester, von Ihnen, Herr Minister Eichel, und von anderen, auf die wir hingewiesen haben. Als Herr Riester die 18,7 Prozent Rentenbeitragsatz zum 1. Januar 2003 genannt hat, haben wir ihm vorgerechnet, dass wir wahrscheinlich näher bei 20 Prozent sein werden als bei 19 Prozent und so ist es auch eingetreten.

Ich würde aber gerne die Frage von Graf Lambsdorff beantworten. Er hat gefragt: „Wann sollen denn die Reformen durchgeführt werden?“ Aus Sicht der Wirtschaft kann ich Ihnen ganz eindeutig sagen: „Sofort!“ Und deshalb stellen wir uns derzeit so massiv hinter diese Agenda 2010, von der wir in vielen Punkten der Meinung sind, dass sie nicht weit genug gehen. Wir werden in diesem Jahr das dritte Jahr in ununterbrochener Folge mit einem Wachstum von nur wenig über Null haben. Wir werden eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben, mit Zahlen zum Ende dieses beziehungsweise zum Beginn des nächsten Jahres, die wir momentan noch gar nicht in den Mund nehmen wollen. Ein ganz dramatisches Problem ist das geradezu flächige Wegbrechen von weiten Teilen der deutschen Wirtschaft mit 38 000 Unternehmensinsolvenzen im letzten Jahr und erwarteten rund 42 000 in diesem Jahr. Damit gehen Arbeitsplätze in unvorstellbarem Ausmaß verloren. Besorgniserregend ist auch, dass es nicht

mehr, wie noch vor einigen Jahren, relativ neue Unternehmen, die den Anschluss nicht gepackt haben, sondern zunehmend alt eingesessene, gute, erfolgreiche Unternehmen sind. Deshalb kann die Forderung nur sein: Die Agenda 2010 muss in ihren wesentlichen Teilen uneingeschränkt, sofort und nicht verwässert umgesetzt werden.

Die Probleme gehen aber weit darüber hinaus: Unsere Forderung ist beispielsweise, die Sozialversicherungsbeiträge endlich auf unter 40 Prozent abzusenken. Es wird jetzt ein bisschen über die Krankenversicherung und eine Beitragsabsenkung geredet; Herr Professor Rürup, ich kann Ihnen nur die Anerkennung und den Respekt der deutschen Wirtschaft aussprechen. Aber wir sind noch weit, weit davon weg, unter die 40 Prozent zu kommen, was ein ganz wichtiges Ziel ist. Diesbezüglich sind wir alle, Herr Minister Eichel, und vor allem die Bundesregierung, massiv gefordert.

Dr. Mussler:

Direkt dazu.

Minister Eichel:

Forderungen an andere stellen reicht nicht, Herr Hundt. Sie haben sicher recht, dass die Politik eine Leitfunktion hat. Wir bekommen auch abstrakt Ihre Forderungen. Aber wenn es konkret wird, sind gerade Unternehmensverbände häufig die eifrigsten Vorkämpfer für Subventionen und Mehrausgaben im Sozialbereich. Ich nenne nur als Beispiel den Verband der Pharmazeutischen Industrie mit Blick auf die Arzneimittelausgaben. Ich würde mich deshalb auch freuen, wenn ich von Ihnen eine ganz konkrete Antwort auf die Frage bekäme: „Wo bauen wir Subventionen ab?“ Aber da herrscht leider Funkstille. Ich wäre deshalb ganz froh, wenn jeder auch einmal für seine Gruppe seinen eigenen Beitrag formuliert. Das wäre ein wirklich innovativer Weg. Sie haben sich zum Beispiel im Bündnis für Arbeit vor längerem verpflichtet, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Es ist leider nicht geschehen. Ich bin einverstanden mit vielem Kritischen, was Sie sagen. Aber wir müssen dahin kommen, dass alle auch das leisten, was sie versprechen.

Dr. Mussler:

Ganz kurz dazu, Herr Hundt. Ich würde aber dann gerne den Rahmen wieder etwas erweitern.

Dr. Hundt:

Herr Minister Eichel, zwei Dinge, die so nicht im Raum stehen bleiben können, müssen angesprochen werden. Erstens: Die deutsche Wirtschaft, vertreten durch ihren Spitzenverband „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, hat Ihnen und der Bundesregierung Vorschläge gemacht, wie der Subventionsabbau durchgeführt werden kann. Natürlich nicht additiv zu Steuererhöhungen, sondern an deren Stelle. Weil Sie auf das Erste nicht verzichtet haben, ist das Zweite nicht umgesetzt worden. Unhaltbar empfinde ich Ihre Aussage, dass die Arbeitgeber nicht zu ihrer Verpflichtung stehen, Ausbildungsplätze in genügendem

Umfang zur Verfügung zu stellen. Es war eine Zusage der Wirtschaft im letzten Bündnis für Arbeit mehr Ausbildungsplätze bereit zu stellen und eine Verpflichtung der Gewerkschaften, mit uns eine produktivitätsorientierte Tarifrunde abzuschließen. Das haben wir 2000/2001 auch realisiert; da wurde der Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Ausbildungssektor auch erreicht. Die Gewerkschaften – ich bedauere, dass sie heute hier nicht vertreten sind – haben im letzten Jahr diese Vereinbarung aufgekündigt, was zu geradezu katastrophalen Tarifabschlüssen im letzten Jahr geführt hat mit daraus resultierenden zusätzlichen wirtschaftlichen Folgen, die sich jetzt auch in einer Ausbildungsplatzmisere auswirken.

Dr. Mussler:

Es scheint mir vom Generalthema dieses Panels zu weit fortzuführen, wenn wir diese Diskussion jetzt fortführen. Sie gibt aber Gelegenheit, etwas über die Rolle von Interessengruppen im Beratungsprozess nachzudenken. Ich frage dazu jetzt einmal den Wissenschaftler, Herrn Professor Siebert.

Professor Siebert:

Ich würde gerne zu Ihrem Thema „Erfolgsbedingungen für die wirtschaftspolitische Beratung“ zurückkommen. Das war ja das Generalthema, und die Frage, wie kann die Chance erhöht werden, dass die Vorschläge gehört und erhört werden. Ich frage mich, ob das Verfahren noch zeitgemäß ist, dass zwei der Ratsmitglieder das Plazet der jeweiligen Seite brauchen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberseite, das ja im Gesetz so nicht vorgeschrieben ist. Vielleicht würde die Preisgabe dieses Prozedere die Chancen erhöhen, dass der Rat auch in der Öffentlichkeit objektiver dastünde. Das ist vor 40 Jahren konzipiert worden. Ist dieser korporatistische Ansatz in der jetzigen Situation, in der es eigentlich darum geht, den Status quo zu überwinden, in der Interessengruppen eigentlich nicht mehr dieses starke Gewicht haben sollten, noch adäquat? Wir brauchen ja dezentrale Lösungen, die jenseits der Interessengruppen das Land voran bringen. Sollte diese Praxis, diese Usance nicht einfach aufgegeben werden?

Dr. Mussler:

Ich möchte jetzt Herrn Issing noch einmal in die Diskussion mit einbinden. Er ist ja nicht nur Geldpolitiker, sondern vor allem ein ausgezeichnete wissenschaftlicher Ökonom und hat weiß Gott auch genug Beratungserfahrung. Sie haben einige Punkte angesprochen, die als Erfolgsdeterminanten oder als Erfolgsmomente der Beratung angesehen werden könnten. Zum Beispiel, dass die Frage des Assignments von Geld- und Finanzpolitik heute eigentlich nicht zuletzt aufgrund der Stellungnahmen des Sachverständigenrats auch von Politikern nicht mehr diskutiert wird. Kann man insofern sagen, dass man Beratungserfolg einfach langfristiger definieren muss? Und als Zusatzfrage: Ist das Rekrutierungsverfahren aus Ihrer Erfahrung heraus noch zeitgemäß, das Herr Siebert gerade in Frage gestellt hat?

Professor Issing:

Um es kurz zu machen: Das, was Herr Professor Siebert gesagt hat, scheint mir vernünftig zu sein. Zu der langfristigen Orientierung: Ich sehe den Erfolg auch darin, dass die Geldpolitik und die Europäische Zentralbank bei einem Streit zwischen den Politiken außen vor ist, und das ist nicht nur hier in Deutschland, sondern das geht quer durch Europa so. Das ist ein Zeichen dafür, dass sich diese Institution etabliert hat. Der Euro wird als eine stabile Währung angesehen. Das heißt nicht, dass jeder mit unserer Politik einverstanden ist. Darum geht es mir nicht. Aber die Objektivierung eines wichtigen Politikbereiches in einer Institution, der man exakt dafür Unabhängigkeit gegeben hat, ist ein wichtiges Element. Und ich weiß nicht, ob es zu riskant ist zu sagen, die inflationären Exzesse, die wir 1972/73/74 in Deutschland erlebt haben, sollten vor dem Hintergrund ausgeschlossen sein, weil sich das Stabilitätsdenken ausgebreitet hat. Das heißt nicht, dass wir keine Probleme haben, dass wir uns auf Lorbeeren ausruhen könnten, keineswegs. Wir müssen auch wissen, dass die Zeitdimension, wenn es um die Stabilität des Geldes geht, sich eher verlängert hat. Wenn jemand heute, und das gilt ja für fast alle europäischen Länder, als junger Mensch Ersparnisse bildet, bilden muss, dann will er wissen, was diese Ersparnisse in 30, 40 Jahren wert sind und da kann man ihn dann nicht beruhigen mit scheinbar moderaten Inflationszahlen. Die lange Zeitdimension ist ganz wichtig.

Und lassen Sie mich ein letztes Element hinzufügen: Im Rückblick mag man sich daran erinnern, schon in den achtziger Jahren in allen möglichen Gremien an Gutachten aller Art mitgeschrieben zu haben, dass man am Schreibtisch des öfteren den Eindruck hatte, mit diesem Deutschland gehe es bald den Bach hinunter. Und was wir erlebt haben ist, dass eine Marktwirtschaft unendlich viel mehr aushält, als ich beispielsweise jemals für möglich gehalten habe. Man hat die richtigen Lösungen vor sich. Man weiß natürlich, dass das Umsetzen etwas ganz anderes ist. Und die Abnutzung der Politikberatung hat auch da ihre Wurzel. Bei Politikern, denen man versucht hat zu erklären: „Also, wenn ihr so weiter macht, dann wird es demnächst ganz schlimm“, die erleben dann zunächst, dass es nicht so schlimm gekommen ist. Die Mahnung der Wissenschaft beginnt sich abzunutzen. Der Rat war richtig, aber die Wirkungen sind so langfristig angelegt. Und dann kommt ein Zeitpunkt, Deutschland ist in dieser Lage, an dem der berühmte Strohalm dann den Rücken des Esels bricht. Spät, sehr spät, bestätigt sich dann leider die Prognose der Wissenschaft. Aber die politische Umsetzung ist eben so schwierig. Ich werde oft in Europa gefragt, warum in Deutschland nicht geht, was in England Ende der siebziger Jahre passiert ist. In England war es so: Im berühmten Winter des „Discomfort“ haben die Leute es tagtäglich erlebt: Der Strom ist zusammengebrochen, die U-Bahn ist nicht gefahren, und wenn man nach Hause gegangen ist und den Fernseher angeschaltet hat, dann hat man dieselbe Misere erneut gesehen. Und in Deutschland: Die Leute gehen auf die Straße und sagen: „Ja, so schlecht ist das ja alles nicht.“ Sie reisen und kommen zurück und sagen: „Es ist ja viel besser, als irgendwo anders.“ Wenn sie den Fernseher anschalten, dann ist der Sachverständigenrat zu sehen und sagt: „Also, so geht es nicht weiter!“ Na ja, dann heißt es: „Professoren!“ Oder irgend jemand anderer erklärt, dass alles nicht so schlimm ist. Vor einiger Zeit in einer der Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens hat eine Moderatorin einen Professor zur Alterung der Bevölkerung und zur Rentenversicherung gefragt. Der Mann, keiner der Anwesenden hier, hat in klaren verständlichen

Worten dargelegt, wo die Probleme liegen und wie gravierend das Problem ist. Die Moderatorin hat in einer Weise reagiert, als hätte der Mann gesagt, der Nachbar hat falsch geparkt, und ist darüber zur Tagesordnung übergegangen. Wenn das ein Laie hört, da sagt der: Na ja, da hat ein Professor sich wichtig gemacht. Aber das hat keinen großen Eindruck hinterlassen. Und die Politik ist natürlich damit konfrontiert, dass die wirkliche Unterstützung zu radikalen Reformen fehlt, anders als in England damals, weil die Menschen im Alltagsleben erfahren haben, so geht es nicht weiter.

Dr. Mussler:

Ich habe noch eine Wortmeldung aus dem Publikum und dann möchte ich noch schnell eine Runde hier machen. Herr Professor Pohmer.

Professor Pohmer:

Herr Issing, Sie haben gesagt, dass die Marktwirtschaft so weit abgewirtschaftet ist, dass sie auf breiter Grundlage wegbricht oder kurz davor steht wegzubrechen. Wenn nun die Maßnahmen der Agenda 2010 ergriffen werden, und es sind ja nur zehn von 20 Punkten des Sachverständigenrates, mit welchen Fristen müssen wir rechnen, bis eine erodierte Marktwirtschaft wieder funktionsfähig ist?

Professor Siebert:

Entscheidend ist, dass es zu einer umfassenden Reform kommt, mit Einzelmaßnahmen, mögen sie noch so wichtig sein, ist es nicht mehr getan. Erfolge werden sich aber auch dann nur allmählich einstellen. Die Politik braucht einen langen Atem.

Dr. Mussler:

Das generelle Thema unseres Panels war wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung im Spiegel der Politik. Herr Eichel, Sie sind in einigen Punkten angesprochen gewesen. Für mich hat es ungewöhnlich viel Übereinstimmung in dieser Podiumsdiskussion zwischen Wissenschaft und Politik gegeben. Soll der Rat einfach so weiter machen und ist alles prima, oder haben Sie Wünsche an ihn?

Minister Eichel:

Ob der Rat so weiter machen soll, das sollte er selbst entscheiden. Die Unabhängigkeit als Erfolgsbedingung ist wichtig. Über die Frage, ob es richtig ist, dass wir dabei bleiben, dass je ein Mitglied des Rates in Übereinstimmung mit – was ja völlig informell läuft – den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bestellt wird, würde ich gerne noch einen Moment nachdenken. Woher kam die große Autorität der Bundesbank? Es ging darum, dass Fachleute aus unterschiedlichen Bereichen in die Bundesbank gekommen sind und zu einem einvernehmlichen geldpolitischen Konzept gelangten; das hat die Autorität gesichert. Deswegen finde ich, ist die Frage der Kommunikation nicht ohne Bedeutung. Das hat gesichert, dass auch die Autorität der Bundesbank ganz anders aussah, weil sie nicht als eine einseitige Institution

wahrgenommen wurde. Auch dann nicht, wenn sie möglicherweise in einem Punkt sehr unangenehme Vorschläge für eine Gruppe gemacht hat. Ich finde es ein sehr ernstes Thema, den Rat nicht so zu positionieren, dass er nicht von vornherein abgestempelt wird, als nur in die eine Richtung gehend. Sonst würden große Teile der Bevölkerung sagen: „Wissen wir doch, kommt von der anderen Seite, musst du nicht ernst nehmen“.

Es bestehen Anpassungsnotwendigkeiten in vielen Bereichen, unter anderem in den Sozialen Sicherungssystemen und im Haushalt. Deswegen macht es überhaupt keinen Sinn, Vorschläge zu machen, es soll einfach nur umfinanziert werden aus dem Sozialen Sicherungssystem in den Haushalt. Das löst die Probleme nicht. Wir brauchen eine deutliche strukturelle Modernisierung der sozialen Absicherung. Dennoch: Ist es wirklich richtig, sowohl fachlich und noch mehr psychologisch zu sagen: Wir sind kurz vor dem Ende? Ich halte das für falsch und dies entspricht auch nicht der Wahrnehmung der Menschen! Die Bürger sind bereit für einen mutigen Reformkurs. Wir müssen Ihnen aber klar aufzeigen: „Wir können und wir werden die Herausforderung bestehen. Nichts zu tun, ist der schlechteste Weg für Deutschland und schadet unseren Kindern und Enkeln!“ Meine Einstellung ist, dass wir mit dieser psychologischen Ausrichtung weiter kommen. Auch in den internationalen Gremien müssen wir Deutsche uns ja nun nicht dauernd auf die Anklagebank setzen lassen. Im Wettbewerb im Weltmarkt sind wir insgesamt gut aufgestellt. Das heißt aber auch: Von uns wird zu Recht viel erwartet. Wir müssen mehr Leistung bringen, das ist meine These. Denn wir sind die drittgrößte Volkswirtschaft auf der Erde. Wenn wir bei den G7 zusammensitzen, reden wir zuerst über die Vereinigten Staaten, dann über Japan und dann wird über Deutschland geredet, als der größten Volkswirtschaft Europas. Wir können aber mit unseren Wachstumsraten nicht zufrieden sein. Nicht nur wegen der inneren Probleme, der wachsenden Arbeitslosigkeit, sondern wir können auch wegen unserer Verantwortung in Europa damit nicht zufrieden sein. Da reicht es nicht zu sagen: Pass mal auf, was wir auch an Besonderem leisten. Sondern wir werden mehr leisten müssen, damit wir uns mehr leisten können! Wir sind keineswegs kurz vor dem Umkippen, aber jeder muss bereit sein anzupacken. Wir müssen die Gewissheit vermitteln, dass wir die Herausforderungen bestehen können. Dies geschieht am besten durch eine erfolgreiche Reformpolitik, die auch schwierige, manchmal schmerzhaft Probleme angeht und dadurch zugleich das Vertrauen der Bürger und der Wirtschaft stärkt. Dies hat die Bundesregierung verstanden. Deshalb ist die Politik, ist Deutschland hier auf einem schwierigen, auf einem herausfordernden, auf dem richtigen Kurs.

Dr. Mussler:

Herr Dr. Hundt, Sie sind angesprochen gewesen: Ist das Rekrutierungsverfahren nötig, bei denen Wirtschaft und Gewerkschaften je einen Vertreter in den Rat schicken oder ihn zumindest im Konsens bestätigen?

Dr. Hundt:

Ich habe dazu keine vorgefasste Meinung. Ich meine, wir haben derzeit eine brauchbare Lösung. Wir sollten darüber nachdenken, ob Änderungsbedarf besteht, da schließe ich mich Herrn Minister Eichel an. Das Problem sehe ich jedoch nicht als vorrangig, gravierend an. Herr

Eichel, lassen Sie mich noch ein Wort zu Ihnen sagen: Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht eben nicht hervorragend da, wie Sie dies behaupten, sondern er befindet sich in einem desolaten Zustand. Dies wird uns auch im Ausland tagtäglich vorgeworfen, weil wir unserem wirtschaftlichen Potenzial nicht gerecht werden und beispielsweise für Länder, für die wir in gewissem Sinne „Wirtschaftslokomotive“ sein müssten, diesbezüglich enttäuschend auftreten. Ich stimme Ihnen allerdings zu, wir sollten mit einer optimistischen Grundeinstellung an die Dinge, die jetzt vor uns liegen, herangehen und uns zutrauen, dass wir sie auch meistern und schultern. Da bin ich als schwäbischer Mittelständler an vorderster Front mit Optimismus dabei. Dazu werden aber die nächsten Wochen ganz entscheidende Ergebnisse bringen müssen. Da sind Sie, Herr Minister Eichel, gefordert.

Dr. Mussler:

Das war ein schönes Schlusswort. Es war Herr Tietmeyer, der heute morgen sagte: Der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik ist immer offen und nicht immer ganz einfach. Ich habe den Eindruck gehabt, er war heute recht fruchtbar. Dafür danke ich allen Podiumsteilnehmern und den Diskutanten aus dem Publikum.